

BÜRGERPOST

FRÜHLING 2015 | Saale-Holzland-Kreis II (Wahlkreis 36)

Schlachtfest im Bürgeler Schützenhaus

Dr. Mario Voigt MdL und Albert Weiler MdB luden zu Heimat, Politik und gutem Essen ein



Die Abgeordneten Dr. Mario Voigt und Albert Weiler veranstalteten im Bürgeler Schützenhaus mit über 150 Gästen ein Schlachtfest unter dem Motto „Heimat, Politik und gutes Essen“, wobei der Musikverein Tautenhain für die musikalische Umrahmung sorgte. Neben dem Thüringer Landtagspräsidenten Christian Carius als Ehrengast wurden Landrat Heller, Geras Oberbürgermeisterin Dr. Hahn, der Stellv. Repräsentant von Taiwan Dr. Gu sowie viele weitere Bürgermeister, Unternehmer, Vereins- und Verbandsvorsitzende begrüßt. Als Gastgeschenk bekam Carius von Johann Waschnewski, Stellv. Bürgermeister und Kandidat für die Bürgermeisterwahl am 7. Juni in Bürgel, einen blau-weißen Krug und eine Schale aus Bürgel überreicht. Gemeinsam verabredete man eine Ausstellung mit Bürgeler Keramik im Landtag.

Liebe Leserinnen und Leser,

keine Windräder im Holzlandwald, lautet das Motto, mit dem ein Windpark in der Nähe von Tautenhain verhindert werden soll. Gemeinschaftliches Ziel muss es sein, unsere schöne Heimat und das Naherholungsgebiet Eisenberger Mühlthal weiter touristisch zu erschließen. Dafür lohnt es sich die Bürgerinitiative Proholzlandwald zu unterstützen, die auch vor dem Landtag für dieses Anliegen demonstriert hat.

Neben den Maibaumsetzen im Landkreis, die vielerorts ein jährlicher Höhepunkt sind, stehen am 7. Juni auch Bürgermeisterwahlen in den Gemeinden Bürgel, Nausnitz und Schkölen an.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie ein schönes Himmelfahrtswochenende und ein gesegnetes Pfingstfest!

Herzliche Grüße und viel Spaß beim Lesen,
Ihr

Dr. Mario Voigt



 **CDU Fraktion**
im Thüringer Landtag

Traditionelles Schlachtfest im Bürgeler Schützenhaus

Das Bürgeler Schützenhaus war mit über 150 Teilnehmern vollgepackt. Viele Ehrenamtler, Vereinsvorsitzende, Bürgermeister und Unternehmer folgten der Einladung von Voigt und Weiler zum Schlachtfest. Als Ehrengast wurde Landtagspräsident Christian Carius begrüßt. Die musikalische Rahmenbegleitung übernahm der Tautenhainer Musikverein. Voigt und Weiler würdigten in ihrer Begrüßung das Engagement im Landkreis, wodurch sich der SHK zu einer erfolgreichen Region in der Mitte Thüringens entwickelt habe.

Daran knüpfte Johann Waschnewski als Stellv. Bürgermeister von Bürgel an, der berichtete, dass es im letzten Jahr u. a. gelungen sei, das Grundzentrum Bürgel im Landesentwicklungsplan zu erhalten und Thalbürgel als Kulturerbestandort aufzunehmen. In Hinblick auf die Bürgermeisterwahl am 7. Juni in Bürgel sprach sich Waschnewski für den Erhalt der sozialen Infrastruktur mit Schützenhaus, Dorfgemeinschaftshäusern, Jugend- und Seniorenclub aus. Zudem ist ihm der Ausbau des Schulstandortes, die Sanierung der Straßen und Förderung der Vereine und kulturellen Einrichtungen wichtig.



Beim Ringwurstanschnitt mit Landtagspräsident Carius

Carius, nach dessen Worten das Hausschlachten in Thüringen zum Brauchtum gehört und ein Kulturgut ist, redete zu aktuellen politischen Themen, über die Asyl- und Integrationspolitik in Thüringen, den Mindestlohn und das Bildungsfreistellungsgesetz. Weiler und Voigt betonten, dass es auch um die Zukunft des ländlichen Raums ginge. Themen wie Wind im Wald, Gebietsreform oder der fehlende Landeshaushalt wären eine Belastung für die Gemeinden im Landkreis. Voigt sprach sich

dafür aus, für Tautenhain eine Veränderungssperre gegenüber möglichen Windradbetreibern zu verhängen. Dadurch käme es nicht zu Bauvergaben solange der Planungsprozess für Vorranggebiete noch läuft.

Des Weiteren stellte der taiwanesischen Gesandte Dr. Gu sein Heimatland vor und ging auf die wirtschaftliche Bedeutung der deutsch-taiwanesischen Beziehungen ein. Er will mit dafür sorgen, dass Touristen aus Asien verstärkt den SHK besuchen.

Nach dem Anschneiden einer Ringwurst ließ man sich die regionalen Wurstspezialitäten schmecken. „Schlachtfeste haben in Thüringen eine lange Tradition, die vor vielen Jahrzehnten noch die Nahrungsmittelversorgung über das Jahr sicherte. Da es immer weniger Hausschlachtungen gibt, wollen wir mit dem Schlachtfest daran erinnern, dass die Herstellung von Lebensmitteln nicht selbstverständlich ist und die Landwirtschaft ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist“, so Voigt.



Johann Waschnewski zur Bürgermeisterwahl am 7. Juni in Bürgel im Interview

Waschnewski (29) kommt aus der Pfarrerrfamilie in Bürgel, hat einen Magisterabschluss in Politikwissenschaft, kümmert sich beruflich um Bürgeranliegen als Mitarbeiter der Abgeordneten Mario Voigt und Albert Weiler und ist für die Spielgemeinschaft Bürgel/Thalbürgel am Ball. Nachdem er von 2009 bis 2014 Stadtratsvorsitzender war, engagiert er sich ehrenamtlich als Stellv. Bürgermeister und Kreistagsmitglied.

Herr Waschnewski, warum kandidieren Sie bei der Bürgermeisterwahl in Bürgel?

Als junger Mensch mit politischen Erfahrungen möchte ich für die Zukunft Bürgels arbeiten, begonnene Projekte fortführen und neue Aufgaben angehen. Ich bin überzeugt, dass wir miteinander eine bessere Zukunft für unsere Gemeinde gestalten können. Ein Weiter so würde Bürgel zurückfallen lassen. Wir brauchen einen neuen Bür-



Waschnewski im Gespräch mit den Bürgeler Senioren

germeister, der auf eine stabile Mehrheit im Stadtrat bauen kann und im Landkreis gut vernetzt ist. Ich stehe für frische Ideen, ein eigenständiges und lebenswertes Bürgel mit allen Ortsteilen.

Welche Themen sind Ihnen besonders wichtig?

Erstens braucht unsere Gemeinde positive Veränderungen im Zuge der Haushaltskonsolidierung, um handlungsfähig

zu sein. Wir müssen mit den Nachbargemeinden besser zusammenarbeiten, damit wir bei einer Gebietsreform stark sind und eigenständig bleiben können.

Zweitens muss unser Grundzentrum als attraktiver Wohnraum erhalten bleiben. Während unsere Unternehmen, Handwerksbetriebe und Gewerbetreibenden nicht unnötig belastet werden dürfen, gilt es zugleich

die Lebensqualität für alle Einwohner zu verbessern. Eine hervorragende Kita, der Ausbau der Schule, soziale und kulturelle Einrichtungen sowie die Sanierung der Infrastruktur, vor allem der Straßen in den Ortsteilen, sind entscheidend. Hierzu zählen auch die Einkaufsmöglichkeiten und ärztliche Versorgung. Drittens sind mir der Zusammenhalt der Generationen und die Förderung des ehrenamtlichen Engagements wichtig. Unsere Ortsteile, Vereine, Feuerwehren und Museen sowie der Jugend- und Seniorenclub dürfen nicht vernachlässigt werden.

Wie wollen Sie die Bürger und Vereine stärker einbeziehen?

Um gemeinsam die besten Lösungen zu suchen, gehe ich auf alle Beteiligten zu, weil es mir um die Anliegen vor Ort geht. Nur durch eine gute Zusammenarbeit wird es gelingen, die Herausforderungen zu meistern.

Im Rahmen des Programms „Investition für nationale Kultureinrichtungen in Ostdeutschland“ fördert die Bundesregierung mit bis zu 56.000 Euro im Jahr 2015 die Sanierung und Ausstattung der Bauhaus-Töpfereien der Familie Krehan und im Marstall in Dornburg. Die Kulturstatsministerin bei der Bundeskanzlerin, Prof. Monika Grütters, informierte dazu Albert Weiler MdB, der sich gemeinsam mit dem Stellv. Bürgermeister von Bürgel, Johann Waschnewski, für die Förderung auf Bundesebene eingesetzt hat. „Gemeinsam mit dem Förderkreis Keramik-Museum Bürgel und Dornburger Keramik-Werk-



Bundesregierung fördert Bauhaus-Töpferei

statt ist es uns gelungen, die nationale Bedeutung der Bauhaus-Töpfereien mit einer finanziellen Förderung zu unter-

setzen. Gerade auch in Hinblick auf die Internationale Bauausstellung sind die Töpfereien ein wichtiger Baustein, damit das

IBA-Projekt Erfolg hat“, dankten Weiler und Voigt auch den Förderkreisvorsitzenden Michael Jurkschat, den ehemaligen und neuen Museumsleiter sowie den Bürgermeistern Dorothea Storch und Klaus Sammer, die das Projekt in Dornburg vorantreiben. „Am Keramikmuseum Bürgel mit den Werkstätten in Dornburg zeigt sich, wie interkommunale Zusammenarbeit als kulturelle Ergänzung gut funktionieren kann. Mit den Synergien aus beiden Standorten kann einerseits die Tradition des Töpferhandwerkes besser bewahrt und andererseits der Tourismus in der Region belebt werden“, erklärte Waschnewski.

Proholzlandwald demonstriert vor Landtag

Dr. Voigt fordert Veränderungssperre und klare Abstandsregeln



Im Gespräch mit der Ministerin bei der Demonstration vor dem Landtag

Die Bürgerinitiative Proholzlandwald demonstrierte vor dem Thüringer Landtag gegen einen Windpark in Tautenhain am Rande der Plenardebatte über verlässliche Mindestabstände für Windkraftanlagen. Dabei warb der Landtagsabgeordnete Dr. Mario Voigt für die Unterstützung der Bürgerinitiative und forderte die Landesregierung auf, sich klar gegen Wind im Thüringer Holzland zu positionieren.

„Wir sind nicht prinzipiell gegen Windkraft, aber am Naherholungsgebiet im Eisenberger Mühlthal, in der Nähe zum Kurort Bad Klosterlausnitz, hat eine touristische Erschließung Vorrang. Neben den umliegenden Orten mit über 15.000 Einwohnern wären auch die acht Mühlen im Landschaftsschutz- und Naherholungsgebiet sowie das Rudolf-Elle-Krankenhaus in Eisenberg betroffen“, forderte Voigt von der rot-rot-grünen Landesregierung, den bereits über 8.000 gesammelten Unterschriften Rechnung zu tragen

und sich gegen eine Errichtung eines Windparks auf dem ehemaligen Militärgelände bei Tautenhain einzusetzen.

„Im 330 Hektar großen Waldgebiet nahe Tautenhain würden für den Bau eines einzigen Windrades ca. 350m² versiegelte Fläche und 0,4ha dauerhafter Platz benötigt. Dafür müssten unzählige Bäume gefällt und Flächen gerodet werden. Noch weiß keiner, welche Folgen sich daraus für Mensch, Tier und Umwelt ergeben.“

Daher wären höhenbezogene Mindestabstände für Windkraftanlagen zur Wohnbebauung ein wichtiger Beitrag das Anliegen der Bürgerinitiative zu unterstützen“, erklärte Voigt, der sich enttäuscht darüber zeigte, dass die Fraktionen der Linken, SPD und Grünen keine Länderöffnungsklausel nach § 249 Baugesetzbuch (BauGB) in Thüringen zur Anwendung bringen wollen.

„Mit verlässlichen Kriterien nach einem Abstandsfaktor aus Nabenhöhe und Rotorradius hätte die Landesregierung nicht nur mehr Akzeptanz für die Energiewende schaffen, sondern auch dem Ansinnen der Bürgerinitiative gerecht werden können. Obwohl nach einem Gutachten eine Verdreifachung der Windenergie in Thüringen gar nicht möglich ist, forciert die Landesregierung eine Verspargelung der Landschaft auch in Waldgebieten, ohne die energiepolitische Notwendigkeit und Umweltverträglichkeit ausreichend abzuwägen“, erklärte Voigt als

Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Energie und Naturschutz, dass der Saale-Holzland-Kreis bereits heute Vorreiter als Bioenergieregion ist. Voigt wird sich weiter für eine Rechtsgrundlage gegen den möglichen Ausbau von Windkraftanlagen im Thüringer Holzland einsetzen.

Angesichts des Urteils zur Unwirksamkeit der Vorranggebiete für Windenergie sprach sich Voigt für eine zügige Fortschreibung des Regionalplans Ostthüringen mit einem Aufstellungsbeschluss der Regionalen Planungsplanungsgemeinschaft aus, um die Ziele der Raumordnung einer touristischen Erschließung des Holzlandes weiterzuverfolgen.

„Solange der Planungsprozess läuft, muss eine Veränderungssperre gelten. Zudem müssen alle Argumente öffentlicher Belange bspw. in Anlehnung an das Bundesimmissionsschutzgesetz und Thüringer Waldgesetz gesammelt werden, um in einem Baugenehmigungsprozess für Windkraftanlagen im Außenbereich qualifizierte Stellungnahmen abgeben zu können“, so Voigt abschließend.

Forderungen an die Landesregierung:

1. mit einer Veränderungssperre für die Dauer der Neuerstellung der Windvorranggebiete Ostthüringen unterstützen und den Kommunen helfen
2. nach Ablauf der Bieterfrist in Dialog mit Bietern um die besondere Planungslage der Wald-Präferenzgebiete treten und gegen eine Bebauung in Tautenhain werben
3. vernünftige Abstände zu Wohnbebauungen rechtlich vorgeben
4. die Beantragung als Naturerbestandort forcieren

Interview mit Dr. Eckart Illian

Vorsitzender der Bürgerinitiative Proholzlandwald zum Windpark in Tautenhain

Rechtsanwalt Dr. Eckart Illian ist der 1. Vorsitzende des Vereins „Bürgerinitiative proholzlandwald e.V.“ in Tautenhain. Seit Mitte Januar 2015 versucht die Bürgerinitiative die Errichtung eines Windparks auf einem etwa 330 ha großen Waldareal des Bundesforstes zu verhindern.

Herr Dr. Illian, Sie kämpfen mit vielen Mitstreitern gegen einen Windpark bei Tautenhain. Wie bilanzieren Sie die Aktivitäten vor Ort und wie viele Unterschriften wurden bereits gesammelt?

Unser Verein hat inzwischen 60 Mitglieder. Wir haben 7 Willensbekundungen und Demos durchgeführt mit jeweils bis zu 600 Teilnehmern. Uns liegen derzeit über 8.000 Unterschriften gegen die Errichtung des Windparks vor. Wir hatten eine Demo vor dem Landtag in Erfurt und haben im Beistand von Dr. Voigt mit Politikern aller Parteien engagiert diskutiert.

Welche Argumente sprechen gegen einen Windpark und für eine weitere touristische Erschließung des Gebiets?

Wir sind nicht gegen Windenergie generell, sondern verlangen eine intelligente Verteilung der Aufstellorte von Windrädern



Dr. Illian (links) bei Unterschriftenübergabe mit Gunther Emmerlich

und eine erhebliche Ausweitung von Mitspracherechten betroffener Bürger. Windräder im Wald erscheinen uns allerdings unsinnig. Besonders dann, wenn das Argument bemüht wird, um den CO₂-Ausstoß zu vermindern, müsse Wald gefällt werden, damit dort dann Windräder stehen. Aberwitzig wird ein solches Vorhaben dann, wie bei uns in Tautenhain, wenn in den Jahren zuvor Fördergelder zur Entwicklung des Tourismus in diese Region geflossen sind, die dann verloren wären, wenn die Errichtung eines Windparks Touristen und Tagesausflügler vom Besuch des zuvor geförderten Naherholungsgebietes abhält.

Wie schätzen Sie die derzeitige planungsrechtliche Situation ein und was soll von der Planungsgemeinschaft Ostthüringen unternommen werden?

Durch eine Entscheidung des OVG Weimar ist der ursprüngliche Regionalplan Ost für teilweise unwirksam erklärt worden. Dies kann durch Überarbeitung der Regionalplanung korrigiert werden, sicherheitshalber ist jedoch eine Veränderungssperre zu verhängen, damit jetzt nicht Investoren hinterrücks das juristische Vakuum ausnutzen.

Was erwarten Sie von der Politik, insbesondere von der Landesregierung um Ihrem Anliegen

gen Rechnung zu tragen?

Die Rot-Rot-Grüne Landesregierung kann nicht rigoros das Ziel einer Verdreifachung der Windenergie in Thüringen und einer entsprechende Ausweitung von Vorranggebieten zur Aufstellung von Windrädern umsetzen und dabei bewusst in Kauf nehmen, dass Anwohner, Flora und Fauna durch Infraschall und Immissionen der Windanlagen nachhaltig geschädigt werden. Wir erwarten die Festsetzung von verträglichen Mindestabständen und die Ausweitung von Mitspracherechten betroffener Bürger.

Würde eine Ausweisung als Naturerbefläche bzw. eine Veränderungssperre helfen?

Die Ausweisung als Naturerbefläche würde helfen, das fragile Gebiet im Holzlandwald vor unsinnigen Eingriffen in die Natur und vor Gesundheitsschädigungen der Menschen in Tautenhain und Umgebung zu schützen. Im Holzlandwald leben schützenswerte Tierarten, der Wald konnte sich seit den 70iger Jahren ungestört entwickeln, der Tourismus ist eben im Aufkeimen begriffen. Dr. Mario Voigt unterstützt deshalb sinnvollerweise die Idee der Ausweisung einer Naturerbefläche.



Fotomontage | www.proholzlandwald.de

Thüringen braucht geregelte Zuwanderung

Dr. Voigt im Gespräch über Flüchtlinge, Wirtschaft und Landesregierung

Wie beurteilen Sie das vorgestellte Landesarbeitsmarktprogramm?

In Thüringen brummt der Arbeitsmarkt, und wir brauchen Fachkräfte. Es braucht junge Menschen mit guter Ausbildung ebenso wie Menschen, die schon länger am Rande des Arbeitsmarktes stehen. Das Landesarbeitsmarktprogramm geht jedoch komplett an den Bedürfnissen vorbei. Rot-Rot-Grün hat den Anspruch aufgegeben, für den ersten Arbeitsmarkt zu qualifizieren, und schafft einfach nur ein neues Förderprogramm, obwohl es schon mehrere Programme zur Integration von Langzeitarbeitslosen gibt. Es ist gar nicht klar, wie und wo das Programm umgesetzt werden soll – eine Fehlinvestition, die den Betroffenen nicht hilft.

Woher sollen die künftigen Fachkräfte kommen?

Aus Thüringen, aus Deutschland, aber eben auch durch mehr Zuwanderung. Bis 2020 sind 200.000 Fachkräfte in Thüringen nötig. Allein aus Einheimischen ist dieser Bedarf nicht zu decken.

Das trifft sich doch gut mit den höheren Flüchtlingszahlen.

Wir sollten Zuwanderung und Asyl auseinanderhalten. In Deutschland gibt es ein Grundrecht auf Asyl. Wir unterscheiden zu Recht zwischen Flüchtlingen, die Schutz vor Krieg oder Verfolgung suchen, und solchen, die aus anderen Motiven kommen. Wer so tut, als ob die Asylsuchenden unser Fachkräfteproblem lösen, der handelt nicht aufrichtig.

Also plädieren Sie für eine Zwei-Klassen-Gesellschaft bei der Einwanderung?

Nochmal, für politische Flüchtlinge, die bei uns Asyl suchen, darf und kann es keine zahlenmäßige Grenze geben. Wenn es aber um Einwanderung geht, ist für mich klar, dass wir die Regeln festlegen, nach denen jemand zu uns kommt und bleiben kann, um seine Zukunft in Deutschland aufzubauen. Jeder, der sich daran hält und motiviert ist, als Fachkraft etwas zu leisten, ist herzlich willkommen. Aber ich plädiere auch klar dafür, die Menschen vor der Stellung des Asylantrages besser zu beraten

und Möglichkeiten des Statuswechsel zu erleichtern, wenn der Asylsuchende in einer Branche qualifiziert ist, in der Fachkräftemangel herrscht.

Wie soll die Integration der Menschen gelingen?

Ich kenne in Ostthüringen Unternehmen, die das bereits exzellent machen, indem sie den Einwanderern Mentoren zur Seite stellen und sie begleiten, bis sie sich heimisch fühlen. Wir müssen zügig für eine bessere sprachliche Bildung sorgen. Da leisten viele Bürger und Kommunen Großartiges. Vermittelt die Reaktion in der Bevölkerung auf die Flüchtlingswelle nicht ein falsches Bild für potenzielle Zuwanderer?

Ich erlebe eine große Solidarität und Bereitschaft, Flüchtlingen zu helfen. Thüringer sind herzliche und einladende Menschen. Aber manchmal reagieren Bürger sensibel, wenn sie den Eindruck haben, dass Menschen zu uns kommen, die sich zwar auf das Grundrecht auf Asyl berufen, aber aus Ländern stammen, wo es keine politische oder religiöse

Verfolgung gibt. Das scheint mir nachvollziehbar.

Gibt es innerhalb der CDU ein Problem: Landrätin Schweinsburg will sich weigern, weitere Flüchtlinge aufzunehmen?

Wir sind eine Partei mit weltoffenen Mitgliedern. Frau Schweinsburg spricht einen wichtigen Punkt an; die 13 Millionen Euro, die der Bund für Thüringen für Flüchtlinge zur Verfügung stellt, müssen 1:1 in die kommunale Familie fließen. Denn dort werden die Flüchtlinge untergebracht.

Das Land muss aber wegen des Flüchtlingsstromes weitere Erstaufnahmestellen eröffnen.

Die Abschiebung derjenigen, die keinen Asylanspruch haben, ist Aufgabe der Länder. Wenn wir diejenigen, die nach einer Prüfung nicht anspruchsberechtigt sind, abschieben, wäre mehr Platz für die Menschen vorhanden, die unsere Hilfe brauchen.

Sprechen Sie sich für eine strengere Abschiebepolitik aus?

Der Winterabschiebestopp war die erste Handlung von Rot-Rot-Grün, und sie war falsch. In mei-

Dr. Voigt wurde zum Vorsitzenden und Sprecher der CDU-Landtagsfraktion für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung gewählt und ist damit für die Wirtschaftspolitik, den Mittelstand und das Handwerk, den Tourismus sowie für die Forschungs- und Hochschulpolitik zuständig.

„Als Vertreter der dynamischsten Region Thüringens freut mich die große Aufgabe sehr. Der Saale-Holzland-Kreis und Jena stehen als herausragendes Beispiel für einen starken Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort. Wir haben engagierte Handwerker, einen innovativen Mittelstand und



Sprecher für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft

exzellente Hochschulen. Es geht um Fachkräfte, bessere Vernetzung der Unternehmen und ein Verständnis für die Sorgen und

Themen vor Ort, wo es auch um den Breitbandausbau gehen muss“, erklärte der Landtagsabgeordnete.

Zudem wurde er zum Mitglied des Energie- und Umweltausschusses berufen. „Energiepolitik wird immer wichtiger und wirkt unmittelbar in unseren Landkreis, wo wir als Bioenergieregion Vorreiter sind. Ich engagiere mich seit einigen Jahren für eine Lösung für den herrenlosen Speicher in Nerkewitz genauso wie ich gegen die Stromtrasse durchs Heide- und Holzland bin. Auch unsinnige Windkraftprojekte wie in Tautenhain fallen in dieses Ressort“, so Voigt.

Weiterhin wird Voigt auch im Kuratorium der Landeszentrale für Politische Bildung vertreten sein.

nem Wahlkreis liegt die Landeserstaufnahmestelle. Dort sind in Eisenberg von 550 Menschen nur 120 aus Syrien. Der Rest kommt vom Balkan. Wenn ich höre, dass manche schon zum zweiten oder dritten Mal in Thüringen ankommen, war die Maßnahme das falsche Signal. Die Landesregierung sollte sich gut überlegen, ob der bundespolitische Alleingang Winterabschiebestopp im nächsten Jahr sinnvoll ist. Auf der anderen Seite muss die Erstaufnahmestelle in Eisenberg dringend saniert werden, um bessere Bedingungen zu schaffen.

Ist mehr Zulauf für die Thügida-Bewegung zu erwarten?

Ich war selbst bei der Gegendemonstration in Eisenberg anwesend. Thügida hat sich selbst entlarvt: Wer am Geburtstag von Adolf Hitler eine Demonstration anmeldet, zeigt deutlich, welches Geistes Kind er ist. Dass Sorgen und Ängste in der Bevölkerung existieren, weiß ich aus meinem eigenen Wahlkreis. Angst ist etwas normales, aber kann nicht unser politischer Kompass sein.

Was sollte die Landesregierung beitragen, um die Zuwanderung zu stärken?

Sie muss einsehen, dass wir aus

dem Reservoir unserer Asylsuchenden nicht das Fachkräfteproblem lösen werden. Und sie sollte nicht über die Köpfe der Bürger hinweg entscheiden wie beispielsweise bei der Erstaufnahmestelle in Mühlhausen. Insgesamt scheint Regierungschef Bodo Ramelow nur ein Thema zu kennen: Migration und Flüchtlinge. Aber es gibt mehr Themen in Thüringen, welche die Bürger bewegen: Bildung, Infrastruktur oder eine starke Wirtschaft. Ich habe den Eindruck, dass sein Hund Attila mehr Spuren in der Staatskanzlei hinterlassen hat als sein Herrchen.

Wie kommen Sie darauf?

Es fehlt die Verlässlichkeit. Die Regierung ändert jede Woche ihre Meinung, etwa bei den Themen kommunale Finanzen, Pumpspeicherwerk, Stromtrasse oder bei den freien Schulen. Die Politik darf nicht an Bürgern vorbei regieren. Tautenhain steht symbolisch für die Orte in Thüringen, die durch die Politik der neuen Regierung in den Fokus gerückt sind.

Geht es um die möglichen Windräder?

Wind im Wald ist im Koalitionsvertrag als Ziel formuliert – das ist klar ein grünes Quotenthema.

Die Windenergie-Unternehmen versuchen gerade, die Regelungslücke in Ostthüringen zu nutzen, weil der Vorrangplan nach einem Gerichtsentscheid außer Kraft ist. **Dafür kann die heutige Landesregierung aber nichts.**

Sie darf aber nicht zusehen, wie die Investoren schon vorab Fakten schaffen. Ich werbe für eine Veränderungsstopp von einem Jahr, um der regionalen Planungsgemeinschaft Zeit zu geben, sinnvolle Windvorranggebiete auszuweisen. Ich bin mir sicher, dass am Ende eines solchen Verfahrens klar herauskommt, dass im Holzland, einer hervorragenden touristischen Destination, keine Windräder stehen werden. Ich habe Infrastrukturministerin Birgit Keller eingeladen, um über das Thema zu sprechen.

Loben Sie auch die Wirtschaftspolitik der neuen Regierung?

In dieser Beziehung ist sie auf dem Holzweg. Als erstes Gesetz von Rot-Rot-Grün den Bildungsurlaub zu beschließen, ist wirtschaftsfeindlich und ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für Gewerkschaftsseminare. Es ist nicht einzusehen, dass Mitarbeiter fünf Tage im Jahr bezahlt werden, selbst wenn sie Kurse besuchen

wie „Putins Projekt Eurasien“ – also für Bildungsangebote, die nicht im Zeichen der betrieblichen Weiterbildung stehen.

Aber ist eine Qualifizierung der Mitarbeiter nicht wichtig?

Doch. 53% aller Thüringer Betriebe unterstützen ihre Mitarbeiter bei der Weiterbildung durch Freistellung oder Kostenübernahme. Damit sind wir im Schnitt besser als manches alte Bundesland – obwohl wir als eines der wenigen Länder kein Bildungsfreistellungsgesetz haben. Das zeigt doch, dass die Unternehmen schon richtig auf die Herausforderungen des demografischen Wandels und Fachkräftemangels reagieren. Hier wird klar ein Gesetz gegen die Unternehmer und Mittelständler gemacht – genau wie beim Mindestlohn.

Den hat die CDU-geführte Bundesregierung eingeführt.

Es geht nicht gegen den Mindestlohn, sondern gegen die überbordenden Dokumentationspflichten, die zum Bürokratiemonster für unsere kleinen und mittelständischen Betriebe werden. Rot-Rot-Grün denkt leider nur über Kontrolle und Verteilen nach, aber nicht darüber, wer den Landeshaushalt erwirtschaftet.

Der Generationenbeauftragte des Freistaats Thüringen, Michael Panse, informierte sich gemeinsam mit Dr. Voigt über den Stand des Projekts Mehrgenerationenhaus in Eisenberg. Adelheid Bäger hat das Projekt vor über drei Jahren am Steinweg in Eisenberg begonnen, dass sich seitdem weiter entwickelt hat. Panse begrüßte die Idee, dass ältere Menschen gemeinsam in einem Haus leben, ohne Barrieren. „Eine Senioren-WG ist zwar eine schöne Vorstellung, aber nicht für alle geeignet“, sagte er. Jeder wolle im Alter zwar Menschen um sich herum haben, aber dennoch muss weiterhin auch die Möglichkeit



Mehrgenerationenhaus in Eisenberg weiterentwickelt

gegeben sein sich in seine eigenen vier Wände zurückziehen zu können. Als Raum der Begegnung für die Bewohner dienen

die Räume des Kunstvereins im Erdgeschoss, dessen Vorsitzende Bäger ist. Dort und mit Initiative des Vereins auch anderswo

habe es schon viele generationsübergreifende Projekte wie „Kunst im Bogengarten“, Mal-feste, Ausstellungen und anderes gegeben. „Ich versuche alles, was ich machen kann, um die Menschen in Eisenberg zu vernetzen“, so Bäger. Als Beispiel für gemeinsames Leben der Generationen ist das Eisenberger Haus im Freistaat einzigartig, erklärte Panse. Dr. Voigt begrüßte die Initiativen, die es im Landkreis beispielsweise in Eisenberg, aber auch in Schkölen oder Bürgel gibt. „Hier wird Wohnraum von privaten Investoren barrierefrei gebaut. Das stabilisiert den ländlichen Raum und hält ihn attraktiv“, so Voigt.

Sudoku-Rätsel

3		4	6		1			
		9	3	2				7
8	6		5					
	3				4			8
		5	7			3		
				1			9	6
9				6			8	1
4					5	9	2	
1		7	8				4	



Das Maibaumsetzen (bspw. am 24.5. in Saasa, Serba und Tautenhain, 25.5. in Bad Klosterlausnitz oder 26.5. in Weißenborn) hat eine lange Tradition. Es geht auf das Hombrichfest der Zimmermannsinnung in Bad Klosterlausnitz zurück und lässt sich bis ins Jahr 1659 verfolgen. Als „Maie“ war die Birke ein Symbol für die erwachende Natur im Frühling. Später richteten die Handwerksmeister und Gesellen eine bis zu 40 Me-

ter hohe Fichte im Ort auf, um ihre Handwerkskunst zu demonstrieren. Seitdem ragt der Maibaum vielerorts nicht nur auf dem Dorf- oder Marktplatz in die Höhe, sondern prägt das gemeinschaftliche Setzen auch die Identität der Menschen. Während die Heimat- und Brauchtumpflege den Zusammenhalt stärkt, haben die umfangreichen Festprogramme einen hohen Unterhaltungswert, den es zu erleben gilt!

Veranstaltungshinweise



horizont FMX Stuntshows **swagger**
SchalmeienPlayers **CHRIS ROBERTS** Rock'n Roll mit TC 5



Vom 4.6. bis 7.6. findet das 20. Stadtfest Eisenberg mit dem Besten aus den letzten Jahren und vielen neuen Highlights statt. Passend dazu gibt es am Samstag erstmals einen Festumzug, an dem jeder teilnehmen kann. Die Sparkasse richtet am 4.6. ihr Sommerfest auf dem Eisenberger Marktplatz aus. Neben der Party-Showband „be happy“ werden als Stargäste das Kultduo „CORA“ („Amsterdam“) erwartet. Das Festwochenende steht ganz im Zeichen der Familie und es wird für Jung und Alt eine Menge geboten.

Am Freitag heizen die Jungs von „Horizont“ den Partygästen kräftig im Festzelt ein und am Samstagabend gibt es die Stadtfestsause mit „Swagger“. Die große Autoschau am Brühl und FMX Freestyle Show laden genauso ein wie die Vereinsmeile und zahlreiche Händler zum Bummel durch die Innenstadt von Eisenberg. Neben den Stadtfestpokal im „Human Table Soccer“ freuen wir uns am Sonntag auch auf den König der Hitparade Chris Roberts und grandiosem Rock'n Roll von der Gruppe „TC 5“.

KONTAKT

Telefon 03 66 91/23 99 54 kontakt@mario-voigt.com
Fax 03 66 91/23 99 53 www.mario-voigt.com

IMPRESSUM

Dr. Mario Voigt (V.i.S.d.P.) Steinweg 14
Mitglied des Th. Landtags 07606 Eisenberg